



Foto: Steindorf-Sabath

Landleben 2030 – Zukunft mit Links

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 3 |
| Landleben 2030 | 3 |
| Wie es sein könnte, nein, wie es sein sollte | 3 |
| Ziel 1: | |
| Infrastrukturen ökologisch und sozial nachhaltig gestalten und erhalten | 5 |
| Teilhabeorientierte und barrierefreie Wohn- und Infrastrukturen | 5 |
| Aktive und virtuelle Mobilität sichern | 6 |
| Revitalisierung von Leerstand – Entsiegelung und Rückbau fördern | 8 |
| Energiewende aktiv gestalten, Mitbestimmung bei der Gestaltung der Landschaft | 9 |
| Ziel 2: | |
| Wirtschaft und Konsum sozial und ökologisch an ländliche Potentiale anpassen | 11 |
| Regionalisierung – regionale Wirtschaftskreisläufe ausbauen | 11 |
| Neue alternative Wohn- und Arbeitsformen | 12 |
| Dörfliche Konsumstrukturen fördern – in jedem Dorf einen Laden | 14 |
| Sanften Tourismus fördern | 15 |
| Ziel 3: | |
| Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben und stärken | 17 |
| Rekommunalisierung fördern | 17 |
| Kommunen von finanziellen (Alt-)Lasten befreien | 18 |
| »Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz« (GAK) umstrukturieren, vereinfachen und Bürokratie abbauen / »Bundesprogramm Ländliche Entwicklung« (BULE) regionalisieren und praxistauglich gestalten | 19 |
| Ziel 4: | |
| Erziehung, Bildung und Forschung in ländlichen Räumen gestalten und fördern | 21 |
| Neue innovative Erziehungs- und Schulformen ermöglichen und verstetigen | 21 |
| Volkshochschulen zu regionalen Bildungszentren ausbauen | 22 |
| Hochschulen in Ländlichen Räumen ansiedeln | 23 |

| | |
|---|-----------|
| Ziel 5: | |
| Gesundheitsstrukturen erhalten und dezentralisieren | 25 |
| Polikliniken (wieder-)aufbauen und mobile Behandlungsstrukturen schaffen | 25 |
| Pflege fördern | 26 |
| Ziel 6: | |
| Kunst, Kultur, Sport und Ehrenamt gleichwertig ermöglichen | 27 |
| Kunst, Kultur und Sport gleichwertig ermöglichen | 27 |
| Ziel 7: | |
| Rückwanderung fördern – Wegzug stoppen | 29 |
| Zum Schluss | 31 |
| Parlamentarische Initiativen und Positionspapier zur Entwicklung des Ländlichen Raumes | 32 |

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
 E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
 V.i.S.d.P.: Jan Korte

Autoren: Heidrun Bluhm-Förster, Dr. Joachim Kadler,
 Dr. Detlef Kannapin, Ute Samland, Olaf Schroers

Fotos: istock.com, Pixabay.com

Layout/Druck: Fraktionsservice

Stand: Juni 2021

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
 verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
 Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

210623

Vorwort

Landleben 2030

Wie es sein könnte, nein, wie es sein sollte

Viele von uns haben sicher schon einmal davon geträumt, irgendwo ein neues Dorf zu gründen. Sofort beginnen wir eine Gemeinschaft zu entwerfen, die unseren Vorstellungen vom Leben entspricht. Diese Sehnsucht in uns entspringt aus unseren tatsächlichen Lebensumständen, derer wir uns nicht immer voll bewusst sind.

Aber wir wollen der Hektik der großen Städte, der intensiven Arbeitswelt, den lauten Geräuschen und der geistigen Überflutung entfliehen. Wir wollen Ruhe, aufrichtige Gemeinschaft, um die Stärken und Schwächen aller Menschen auszugleichen. Wir wollen arbeiten, um uns persönlich zu verwirklichen und vom Ertrag der Arbeit auskömmlich leben können. Wir wollen den Einklang mit der Natur und eine gesunde Umwelt, die durch Artenvielfalt und gute Luft gekennzeichnet ist. Wir wollen glückliche Kinder, die sich frei entwickeln können, ihre Entwicklungschancen nutzen und geborgen in ihren Familien aufwachsen können. Wir wollen das Wesentliche in unserem Ort selbst in die Hand nehmen und selbst bestimmen. Wir wollen kein Gegeneinander von Nachbargemeinden, keine ruinöse Konkurrenz unserer Kommunen in der Region. Wir wollen die vorhandenen humanen Potentiale zusammenführen, ergänzen und sinnstiftend für die Gemeinschaft und die Region einsetzen. Wir wollen, dass unser Ort auch über die landwirtschaftliche Produktion und Verarbeitung hinaus produktive Wertschöpfung entsprechend den vorhandenen geografischen, gesellschaftlichen und individuellen Möglichkeiten hervorbringt.

Die Orte könnten sich heute schon autark mit regenerativer Energie und Wärme versorgen, regionale und saisonale Produkte in einem Wirtschaftskreislauf für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln produzieren und verteilen. Auch die Anforderungen an die Daseinsvorsorge sollten viel stärker auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein. Diese Aufgaben gehören allesamt vergesellschaftet und entsprechend den Erfordernissen ausfinanziert. Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport sind besser in der Kommune zu organisieren. Wir wollen in einer Gemeinschaft mit Menschen leben, die sich ihren eigenen Lebensraum geschaffen haben, die ihre eigenen Vorstellungen vom Leben verwirklichen und ganz demokratisch immer weiterentwickeln. Dabei sind auch Traditionen und der Erhalt vorhandener Kulturlandschaften immer einbezogen und ganz selbstverständlich Grundlage der sich entwickelnden Wertevorstellungen der Menschen im Ort. Das steht nicht im Widerspruch zu Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität.

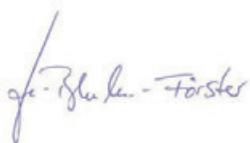
Die neue Art zu leben und zu arbeiten ist nicht mehr unbedingt an Unternehmen oder große Fabriken in weit entfernten Städten gebunden. Durch Digitalisierung sind flexibles Arbeiten und eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung überall möglich geworden. Auch die Kinder können in ihrem lebenslangen Wissensdurst durch digitale Angebote sehr gut individuell gebildet werden. Dadurch werden neue und innovative Schulformen entstehen. Lange Schulwege gehören der Vergangenheit an. Es wird in Zukunft darauf ankommen, den Personennahverkehr auf diese Bedürfnisse auszurichten und ihn flexibel an den Fernverkehr anzubinden. Damit wird die Mobilität der Menschen immer weniger vom PKW abhängig. Besonders die virtuelle Mobilität trägt ebenfalls dazu bei.

Gerade bei der gesundheitlichen Versorgung sind Digitalisierung und Mobilität die Grundpfeiler für gleichwertigen Lebensverhältnisse in den ländlichen Regionen. Auch der Theaterbesuch, das Kino, die Clubs oder das Museum und das Fußballspiel des Regionalvereins zu besuchen, können mit Rufbussen, mit Fahrgemeinschaften und Sharetaxen aus den Ländlichen Räumen selbstverständlich von Jedermann in Anspruch genommen werden. Die Volkshochschule, das Konservatorium, die Singegruppe und der Sportverein sind für alle Menschen jederzeit erreichbar.

Gemeinschaft in Ländlichen Räumen wird neu gedacht, denn immerhin leben über die Hälfte der Menschen schon heute im Ländlichen Raum. Wenn Schulabschlüsse gleichwertig, die medizinische Versorgung überall möglich und die demokratische Mitbestimmung ohne finanzielle Mangelwirtschaft in den Gemeinden gelebt werden kann, dann werden wieder mehr Menschen in kleinen Städten und in den Dörfern in Deutschland leben wollen.

Im Jahre 2030 machen wir die Augen auf. Dann ist aus dem Traum Realität geworden. DIE LINKE hat dafür ganz konkrete Vorstellungen und Handlungsoptionen erarbeitet, die in dieser Broschüre zusammengefasst nachgelesen werden können.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht



Heidrun Bluhm-Förster



Ziel I: Infrastrukturen ökologisch und sozial nachhaltig gestalten und erhalten

Teilhabeorientierte und barrierefreie Wohn- und Infrastrukturen

Wohnen bedeutet Leben. Idealerweise soll Wohnen zugleich auch Miteinander-Leben von Menschen unterschiedlichen Alters, diverser Lebensentwürfe sowie körperlicher und geistiger Verfasstheit ermöglichen und fördern. Gerade in Städten und Dörfern des ländlichen Raumes bieten sich dafür vielfältige Möglichkeiten. Die hier lange nur als Makel beklagte demografische Entwicklung ist ein Grundproblem, birgt zugleich aber großes Entwicklungspotential. Das muss erkannt und als Chance für neue, kreative und gleichberechtigte Wohn- und Infrastrukturen erschlossen werden. Anders als in großen Städten und Ballungsgebieten hat der Ländliche Raum Platz und viel vorhandene Substanz für die Entwicklung neuer, intelligenter, inkludierender Wohnformen. Das erfordert neue Denk- und Planungsansätze, die das Wohnen als ganzheitliches, alle Lebensphasen und individuelle Lebenssituationen überspannendes Grundbedürfnis begreift. Wohnungen, Häuser, Hausgruppen, Wohnquartiere sollen so gestaltet werden, dass deren Bewohnerinnen und Bewohner nach ihrem Bedarf miteinander kommunizieren und interagieren können.

Gleichstellungspolitische Prozesse müssen stärker berücksichtigt und als Querschnittsaufgabe anerkannt werden – Landflucht ist vor allem jung und weiblich. Schwerpunktthemen sind hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Stärkung politischer Partizipation, die Verbesserung der Situation weiblicher Erwerbstätigkeit, z.B. beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienphase. Ebenfalls müssen stereotype Rollenbilder aufgebrochen werden: Die Sorge- und Erziehungsarbeit übernehmen zumeist Frauen, was dazu führt, dass Frauen eher Arbeit im Nahbereich suchen und weniger weit pendeln, um höher qualifizierte Arbeit anzunehmen. Eine Stärkung ländlicher Infrastrukturen stärkt vor allem auch Frauen.

Wir wollen

- gleichberechtigte Teilhabe als Grundrecht im Grundgesetz verankern.
- dass alle Wohnformen barrierefrei gebaut, umgebaut, oder umbaufähig geplant werden, weil dies nicht nur im individuellen, sondern im Interesse des Gemeinwohls liegt.
- jegliche, für eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen und am Arbeitsleben notwendigen Einrichtungen für alle gleichermaßen digital und real nutzbar und erreichbar gestalten.
- dass Bundesfördermaßnahmen, wie Kompensationszahlungen des Bundes zum Sozialen Wohnungsbau, Städtebauförderung oder Steuervergünstigungen und Zuschüsse so ausgestattet und entbürokratisiert werden, dass teilhabeorientiertes Bauen und Umbauen begünstigt und kostenneutral realisiert werden kann.
- dass Modellprojekte für barrierefreie Wohn- und Infrastrukturen speziell gefördert, als gemeinnützig anerkannt und daher dauerhaft begünstigt werden.

Aktive und virtuelle Mobilität sichern

Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres täglichen Lebens: Die Erreichbarkeit von Bildungs- und Kulturstätten, sozialer Austausch und auch demokratische Teilhabe basieren darauf, den Weg dorthin zurückzulegen, denn »wer an der Gesellschaft teilhaben will, muss auch hinkommen können«. Jedoch gerade in ländlichen Gebieten mit schrumpfender Bevölkerung müssen immer längere Wege zurückgelegt werden. Daher sind nicht nur vorhandene Verkehrsinfrastrukturen auszubauen sowie neue und innovative Mobilitätsangebote zu entwickeln, sondern darüber hinaus gewinnt die virtuelle Mobilität zunehmend an Bedeutung. Ein flächendeckender Ausbau von belastbaren Breitbandnetzen auch und gerade in Ländlichen Räumen ist unerlässlich. Nicht nur die medizinische Versorgung durch Telemedizin kann so verbessert werden. Auch der Weg zur Schule kann mittlerweile über Möglichkeiten des Online-Lernens in häuslicher



Umgebung ergänzt werden. Ebenso können Kulturangebote durch virtuelle Konzerte, virtuelle Museumstouren oder das virtuelle Vereinstreffen ins Digitale verlegt werden.

Wir wollen

- eine Sicherung von Mobilität, aber mit weniger Verkehr durch innerörtliche Entwicklung und flächendeckenden Breitbandausbau.
- dass der Nahverkehr als kommunale Pflichtaufgabe wahrgenommen wird durch Verankerung des ÖPNV in den Nahverkehrsgesetzen und -plänen der Länder und Kommunen.
- dass partizipative Mobilitätsmanagementstrukturen geschaffen werden durch den Aufbau von Landeskompetenzzentren für den Nahverkehr, die sowohl Landkreise und Gemeinden, aber auch Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, um gemeinsam und nachhaltig nutzbare Mobilitätsangebote zu entwickeln.
- Dazu gehören:
 - die Revitalisierung und langfristige Sicherung des Schienennetzes sowie die Schaffung attraktiver Land-Stadt-Verbindungen.
 - eine sinnvolle, nahtlose, inklusive und barrierefreie Verknüpfung von Schienennetzen, Buslinien, Ruf- und Bürgerbussen mit festgelegten Bedienstandards.
 - eine ergänzende Bereitstellung von Sharing-Angeboten, wie Carsharing oder gemeinschaftliche genutzte Dorfautos, aber auch E-Fahrrad-Verleihstationen, um alternative Angebote zur individuellen Automobilität zu schaffen.

- ein Ausbau von Radwegen und Radabstellanlagen mit Ladestationen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Attraktivitätssteigerung des Radverkehrs auch zwischen den Ortschaften.
- die Förderung von Multimodalität und die Schaffung verlässlicher Reiseketten, die etwa eine Mitnahme oder das sichere Abstellen des Fahrrades im öffentlichen Raum ermöglichen und
- der flächendeckende Ausbau mit Gigabit-Leitungssystemen in kommunaler Hand zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens.

Revitalisierung von Leerstand – Entsiegelung und Rückbau fördern

Der wirtschaftliche Strukturwandel im Ländlichen Raum, oft einhergehend mit Bevölkerungsrückgang und Alterung der Gesellschaft, hat in vielen Dörfern und kleinen Städten deutliche Spuren hinterlassen. Besonders im Osten Deutschlands, wo Strukturwandel nicht lange vorgeplant und kompensierend organisiert, sondern schlagartig und flächendeckend als Strukturabwicklung durchgezogen wurde, zeigt sich das bis heute anhand leerstehender Gebäude, brachliegender ehemaliger Industrieareale, verfallender Bahnhöfe und auch noch immer ungenutzter Schlösser und Herrenhäuser auf dem Land. Was für ein gewaltiges Potenzial für neue, kreative Nutzungen, für Einsparungen von Neubaubedarf und ökologische Wiedergewinnung wertvoller Naturlandschaften! Gerade in kleineren Städten, aber auch in vielen Dörfern haben sich nach vielen Jahren des planlosen Rückbaus, erfolgloser Privatisierungen und fehlender kommunaler Gestaltungskraft lokale Initiativen herausgebildet, die sich mit dieser Situation nicht abfinden. Sie organisieren ihre wirtschaftliche und soziale Umwelt neu und wollen die Hinterlassenschaften von Struktur- und demografischem Wandel in einen positiven Aufbruch, in Neugestaltung von Lebens- und Arbeitsformen umkehren. Solche, aus dem eigenen Entwicklungsbedürfnis, aus der Erfahrung und der Kenntnis des Bürgerinnen- und Bürgerwillens getragenen Initiativen gilt es aufzugreifen, sie nachhaltig zu unterstützen, um verallgemeinerungsfähige Projekte zu entwickeln und mit den übergreifenden Zielen eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft in Einklang zu bringen.

Wir wollen

- eine bundesweite Ideenbörse für Projekte zur Revitalisierung von Leerstand ausrufen.
- bereits die Teilnahme daran und die Projektentwürfe dafür finanziell und personell mit Bundesmitteln fördern.
- Projekte mit einem erwartbaren sozial ökologischen Effekt unbürokratisch, nachhaltig und ohne Forderung nach Marktkonformität unterstützen.
- die Förderung von Rückbau nicht mehr nutzungsfähiger Gebäude einschließlich



der Flächenentsiegelung und ökologischen Aufwertung in ein Bundesförderprogramm aus den Bundesministerien für Ernährung und Landwirtschaft, dem Wirtschaftsministerium sowie den für Umwelt- und Bau zuständigen Bundesministerien zusammenführen und daraus eine nachhaltige Projektförderung ohne finanzielle Belastung von Kommunen finanzieren.

- Kommunen den Ankauf und die Verwertung leerstehender und brachliegender Immobilien im oben beschriebenen Sinne unkompliziert und durch nicht rückzahlbare Zuschüsse ermöglichen.

Energiewende aktiv gestalten, Mitbestimmung bei der Gestaltung der Landschaft

Unsere Erde soll auch für die zukünftigen Generationen lebenswert, reich an natürlichen Ressourcen und biologischer Vielfalt sein. Um dies zu erreichen, ist ein ganzheitlicher Ansatz unerlässlich, der die Bereiche Klimaschutz, Artenschutz, Landschaftsschutz und den Schutz der ländlichen Lebensqualität kooperativ entwickelt. Um den Klimawandel zu stoppen, sind insbesondere Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau in den Ländlichen Räumen erforderlich. Die Energiewende ist ohne eine Bereitstellung von Flächen für eine alternative Energieerzeugung nicht denkbar. Darüber hinaus zeigt die Energiewende gesellschaftliche und innovative Potentiale auf, sich technologisch weiterzuentwickeln. Gleichzeitig birgt der Umbau der Energieträgerstruktur durch einen Abbau fossiler



und nuklearer Energieträger und der Entwicklung, dem Aufbau und der Nutzung von regenerativen Energiequellen die Chance, neue, bürgerzentrierte und dezentrale Energienetze zu schaffen. Dies ermöglicht nicht nur lokale Wertschöpfung und die Entfaltung endogener Potentiale, sondern vermittelt darüber hinaus den Wert endlicher Energieressourcen.

Daher wollen wir

- einen sozial gerechten Umbau der Energieträgerstruktur, der gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger einbezieht durch die Schaffung einer dezentral und »von unten« organisierten, partizipationsorientierten und demokratisch gestalteten Energieerzeugung.
- mit Energiegenossenschaften, lokalen Wirtschaftsstrukturen und lokalen Entwicklungskonzepten neue unmittelbare Beteiligungsformate aufbauen.
- die Stromsteuer abschaffen, verbindliche Sozialtarife schaffen und die Netzausbaukosten durch Umlagen bundesweit einheitlich gestalten, außerdem großen Unternehmen die Privilegierung von Strompreisbestandteilen streichen.

Ziel 2: Wirtschaft und Konsum sozial und ökologisch an ländliche Potentiale anpassen

Regionalisierung – regionale Wirtschaftskreisläufe ausbauen

Dezentralisierung heißt auch Regionalisierung. Sollen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig gestaltet werden, ist die Wertschöpfungskette, das heißt die Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Verbrauch zu großen Teilen innerhalb der Region zu etablieren. Dies verkürzt Transportwege und steigert die Nutzung heimischer Ressourcen. Nach dem Leitsatz »Wochenmarkt statt Weltmarkt« ist es das Ziel, primär die Versorgung der Region mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln und Produkten sicherzustellen. Regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützen in hohem Maß die Sicherung der Daseinsvorsorge in Ländlichen Räumen, denn sie schaffen Arbeitsplätze und fördern die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Darüber hinaus stiften regionale Wertschöpfungsketten mit Produkten und Dienstleistungen aus der Region kulturelle sowie regionale Identität. Daher ist es uns besonders wichtig, kleinteilige und dezentrale Wirtschaftsstrukturen zu fördern, die regionaltypisch, bedarfsgerecht und damit an die Region angepasst sind und aus den regionalen Eigenarten heraus entstehen.

Wir wollen

- dass der deutsche Strategieplan der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) stark an der regionalen Wertschöpfung ausgerichtet wird sowie die Finanzierung der »Zweiten Säule« der GAP an die entsprechenden Bedürfnisse einer nachhaltigen und umweltschonenden Bewirtschaftung angepasst wird.
- dass die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW) auf die Ländlichen Räume ausgeweitet und die Förderung vor- und nachgelagerter Bereiche an die Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten gekoppelt wird, sowie das »Primäreffekt-Kriterium« (Förderungsbedingung, nach der mehr als 50 Prozent der Waren überregional abgesetzt werden müssen) für diese Bereiche ausgesetzt werden.
- dass die Fördermöglichkeiten für den Ausbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen über die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« (GAK) sowie das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) gestärkt werden.
- dass die Beantragung der Fördermittel deutlich vereinfacht wird, um den Mittelabfluss besser gewährleisten zu können.

- per Gesetz den Zugang zu Boden für ortsansässige Agrarbetriebe sichern, Transparenz am Bodenmarkt schaffen und landwirtschaftsfremde Investoren vom Bodenmarkt ausschließen.
- dass die Bundesländer dabei unterstützt werden, die große Investitionsbereitschaft im Bereich der Digitalisierung dazu zu nutzen, regionale Kooperationen wie Sharing-Modelle für Geräte oder Wissen, sowie Vernetzung und Logistik bereitzustellen und zu fördern.
- dass eine Informationsoffensive gestartet wird, um über die klima- und naturschützende, einkommenssichernde Wirkung regionaler Nahrungsproduktion für Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung aufzuklären.
- uns für eine nach gesetzlichen Kriterien festgelegte Regionalkennzeichnung einsetzen, die sich am bereits bestehenden bundesweiten »Regionalfenster« orientiert und auf 100 Kilometer Radius beschränkt wird.
- dass sich auf EU-Ebene dafür eingesetzt wird, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Gemeinschaftsverpflegung an Kriterien der Regionalität zu knüpfen.
- dass Land-Stadt-Beziehungen durch die institutionelle Förderung räumlich verbindender Ernährungssysteme (z.B. dem Konzept »Garten der Metropolen«) verbessert werden.
- dass kommunale Ernährungsstrategien und deren Umsetzung im Rahmen der bestehenden Förderprogramme des Bundes ermöglicht und gestärkt werden, z.B. durch ein Unterstützungsprogramm für Ernährungsräte, und dass die Ausgestaltung aller Maßnahmen partizipativ unter Einbezug lokaler Akteure und Kommunen gestaltet werden.

Neue alternative Wohn- und Arbeitsformen

Schon seit langem wächst die Kluft zwischen überbevölkerten Großstädten mit zu engen Wohnverhältnissen, überbeuerten Mieten für Wohnungen und Gewerberäume, chaotischen Verkehrsverhältnissen, hoher Klimabelastung einerseits und wirtschaftlichem Niedergang, Fachkräftemangel, leerstehenden Wohn- und Gewerberäumen, stillgelegten oder ausgedünnten Verkehrsverbindungen im Ländlichen Raum andererseits. Dabei macht vor allem die Digitalisierung die traditionelle Konzentration von hochspezialisierter Arbeit und Wohnen in Großstädten, in räumlicher Nähe zu Forschungseinrichtungen, Büros oder innovativen Produktionsstätten mehr und mehr überflüssig. Neue, dezentrale Formen der Arbeitsorganisation sind nicht nur möglich, sondern leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur Transformation von Arbeits- und Lebensbedingungen sowie zum Klimaschutz. Dieser eher spontan und noch vereinzelt begonnene Transformationsprozess soll bewusst und konzeptionell für die Entwicklung der Potentiale im Ländlichen Raum genutzt und nachhaltig gestaltet werden. Die bisher überwie-



gend von Akteuren aus urbanen Räumen initiierte Ansiedlung neuer, teils gemeinschaftlicher Wohn- und Arbeitsformen in kleinen Städten und Dörfern, soll durch Kommunen gefördert und durch Projektangebote, wie beispielsweise »Summer of Pioneers« in der brandenburgischen Kleinstadt Wittenberge gezielt angereizt und dauerhaft ermöglicht werden. In kleinen Städten und in Dörfern vorhandener, oft leerstehender Wohn- und Gewerberaum soll großzügig befristet für Menschen mit Projekt- und Gründungsideen kostenfrei oder zu einem symbolischen Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Je nach örtlichen Gegebenheiten können gemeinschaftliche oder individuelle Wohnformen und Arbeitsstätten angeboten werden.

Wir wollen

- Förderprogramme zur Unterstützung von Kommunen bei der dauerhaften Ansiedlung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern im Ländlichen Raum auflegen.
- einen schnellen Ausbau aller infrastrukturellen Voraussetzungen für digitale Vernetzung und Kommunikation im und mit dem Ländlichen Raum durch Zusammenführung ministerieller Ressourcen.
- Fördermaßnahmen für die Ausgliederung von Kreativbereichen aus der Wirtschaft und deren Ansiedlung im Ländlichen Raum.



- ein mit Bundesmitteln gefördertes Wohnungs- und Infrastrukturprogramm für attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen im Ländlichen Raum.
- Steuererleichterungen für Gewerbe- und Firmenansiedlungen bei dauerhafter Wohnsitznahme von Firmeninhaberinnen und -inhabern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Dörfliche Konsumstrukturen fördern – in jedem Dorf einen Laden

Nimmt man die vorangegangenen Konzepte und Ideen ernst, so sind Nahversorgungsstrukturen in Dörfern und Kleinstädten eine logische Konsequenz. Regional gefertigte Produkte benötigen lokale Vermarktungsstrukturen, die mit einer Einrichtung von z.B. Nachbarschafts- und Dorfläden einhergehen können. Diese Dorfläden sind dabei mehr als reine Konsumstätten, sondern entwickeln sich zu Zentren, die viele Funktionen und Dienstleistungen unter einem Dach vereinen, wie eine Poststelle, den temporär anwesenden Frisör, ein Reisebüro und ein Café. Mit diesen Erweiterungen sichert der Dorfladen nicht nur die örtliche Nahversorgung, er bietet darüber hinaus Raum für geselligen Austausch und belebt das Dorf in seiner Funktion als soziales Zentrum. Regionale Wertschöpfung wird neben landwirtschaftlicher Produktion geleistet durch Dienstleistungsunternehmen und Handwerksbetriebe. Diese sollen besonders auch rückzugswillige Menschen ansprechen.

Wir wollen

- das Förderprogramm »Jedes Dorf braucht einen Laden« aufsetzen, womit dörfliche und lokale Initiativen, kleine Läden sowie Dienstleistungsunternehmen und Handwerksbetriebe finanziell unterstützt werden.
- zur Erleichterung und Entbürokratisierung des Genossenschaftswesens reformieren, da dies die Gründung von Gemeindezentren unterstützt.
- dazu das Gewerbemietrecht reformieren, um Mieterinnen und Mieter von kleinen und kettenunabhängigen Gewerberäumen vor den freien Marktkräften, wie rasantem Mietenanstieg und Kündigung, zu schützen.

Sanften Tourismus fördern

Ein wirtschaftlicher Schwerpunkt vieler ländlicher Räume ist der Tourismus. Ländlicher Tourismus verbessert nicht nur die regionale Wirtschaftsstruktur, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung regionaler Wertschöpfung. Durch sie kann die Region auch ein hohes Niveau der Daseinsvorsorge halten, wie z.B. gute Verkehrsanbindungen, eine gute medizinische Versorgung und schnelles Internet. Darüber hinaus ist der Urlaub in ländlichen Räumen eine besonders nachhaltige Form des ökologischen Reisens mit kurzen Anreisewegen, dem Fokus auf naturnaher Erholung und sportlicher Betätigung, wie z.B. Radreisen. Der Erhalt der naturräumlichen und kulturellen Landschaft als Ganzes trägt dabei zur Attraktivität einzelner touristischer Angebote bei. Besonders strukturschwache Räume sollen die Möglichkeit bekommen, ihre kulturellen und natürlichen Attraktionen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Wichtig ist, dass es allen Menschen möglich ist, mit touristischem Reisen in Form von Landurlaub ihren Wissenshorizont zu erweitern, ihr Bewusstsein für nachhaltige Landwirtschaft und Umweltschutz zu schärfen und sich zu erholen – und das unabhängig von der Höhe des Einkommens oder ihres Alters. Die touristische Entwicklung einer Region ist ganz besonders auf die Entwicklung ganzheitlicher und bereichsüberschneidender Konzepte und Leitbilder angewiesen.

Wir wollen

- dass die Entwicklung regionaler Tourismuskonzepte unterstützt und öffentlich gefördert wird.
- dass überregionale Kooperationsbeziehungen und Vernetzungen zu touristischen Regionen sowie eine länderübergreifende touristische Strategieentwicklungen gefördert werden.
- dass das Rad- und Wanderwegenetz (z.B. Radfernwege, Themenradwege, Radschnellwege) weiter ausgebaut wird, wobei dabei keine Trennung von touristischen und Alltagsradwegen vorgenommen werden soll und aktuelle Trends, wie E-Bike-Ladestationen oder Fahrradmitnahme in Bussen, berücksichtigt werden.



- das Bewusstsein für nachhaltige Landwirtschaft, gesunde Ernährung und Umweltschutz stärken durch einen Auf- bzw. Ausbau von Kooperationsbeziehungen des außerschulischen Lernens zwischen schulischen Einrichtungen und Bauernhöfen, Natur- und Nationalparks sowie Biosphärenreservaten.
- besonders Menschen mit geringem Einkommen Aufenthalte in ländlichen Regionen ermöglichen durch Förderung und Ausbau von Jugendunterkünften, Familienfreizeit- und Kindererholungszentren sowie Schullandheimen.
- dass der Artenreichtum und die Attraktivität von Landschaften über das Nationale Naturerbe geschützt werden.
- nachhaltigen Tourismus im Einklang mit bestehenden nationalen Natur- und Kulturlandschaften (Nationalparks, Biosphärenreservate, Naturparks) und das Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« im Interesse einer nachhaltigen Tourismusedwicklung in Deutschland stärken.
- dass Ländliche Räume barrierefrei gestaltet, dafür entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen und Anbieter touristischer Angebote mit geeigneten Fördermaßnahmen unterstützt werden.
- dass kleine und mittelständische Unternehmen sowie Vereine, die im ländlichen Tourismus tätig sind, z.B. besonders gefördert werden mittels eines Innovationsförderprogramms.

Ziel 3: Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben und stärken

Rekommunalisierung fördern

Dem neoliberalen Mainstream der 1990er Jahre nach mehr Markt und weniger Staat folgend, oft gezwungen durch die Verschuldung kommunaler Haushalte, haben viele Gemeinden und Städte Teile ihrer öffentlichen Daseinsvorsorge von der Wasser- und Energieversorgung, über Krankenhäuser, Wohnungen und Müllentsorgung bis hin zu Verkehrsbetrieben privatisiert. Die erhofften Effekte einer dauerhaften Entlastung kommunaler Haushalte, mehr Effektivität und Qualität für die Nutzerinnen und Nutzer bisher öffentlicher Leistungen sind nicht eingetreten. Sie haben sich oft in ihr Gegenteil, in höhere Preise und schlechteren Service für die Kundinnen und Kunden verkehrt. Die schwerwiegendsten Folgen sind aber: weniger Einnahmen für die kommunalen Haushalte, schrumpfende politische Gestaltungsmacht und damit ein erheblicher Demokratieverlust. Rekommunalisierung ist daher ein zentraler politischer Schwerpunkt für DIE LINKE. im Bundestag Kommunen, die privatisierte Leistungen wieder in die eigene Hoheit übernehmen wollen, habe unsere volle Unterstützung.

Wir wollen

- eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die eine dauerhaft zukunftsste, aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen sicherstellt.
- die Förderung von Ankauf, Neubau sowie klima- und behindertengerechtem Umbau eines relevanten kommunalen Wohnungsbestandes.
- die Anerkennung und steuerliche Privilegierung kommunaler Betriebe zur Daseinsvorsorge als gemeinnützige Körperschaften.
- eine gesetzliche Besserstellung von Kommunen bei der Übernahme von Leistungen der Daseinsvorsorge gegenüber privaten Anbietern.
- die Förderung kommunaler Eigenbetriebe und kommunal übergreifender Zweckverbände zum Ausbau der Digitalisierung, zum klimaneutralen Umbau von Energieversorgern und Verkehrsverbänden.
- ein Privatisierungsverbot öffentlicher Betriebe und Einrichtungen der Daseinsvorsorge, sowie von kommunalen Eigenbetrieben.



Kommunen von finanziellen (Alt-)Lasten befreien

Zu den steigenden finanziellen kommunalen Belastungen gehören ebenfalls die Ausgaben für soziale Leistungen. Trotz Teilübernahme durch den Bund nehmen die Sozialausgaben weiter zu - zwischen 2003 und 2013 stiegen sie um 50 Prozent, und für das Jahr 2021 werden schätzungsweise 70 Mrd. Euro dafür aufgewendet werden. Besonders ins Gewicht fallen die Kosten der Unterkunft (KdU), die Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) betreffen. Kommunen befinden sich hier in einem Teufelskreis: Der kommunale Gestaltungsspielraum sinkt mit steigendem Anteil an Transferleistungsbeziehenden. So können in sowieso schon finanzschwachen und verschuldeten Kommunen die wenigen verfügbaren Mittel nicht in die Erhaltung und die Modernisierung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen, Infrastrukturen sowie in die soziale und kulturelle Entwicklung zur Attraktivitätssteigerung investiert werden, sondern werden für Sozialausgaben aufgewendet. Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, ist eine finanzielle Entlastung der Kommunen notwendig.

Wir wollen

- starke und handlungsfähige Kommunen
- dass sich der Bund am Abbau kommunaler Altschulden beteiligt durch das Auflegen eines Altschuldenfonds.

- per Gesetz, dass der Bund den Ländern die den zuständigen Trägern entstehenden Nettoausgaben für Leistungen für Unterkunft und Heizung nach §22 den Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (KdU) zu 100 Prozent erstattet.
- ein Gesetz, das auf Bundesebene ein verbindliches Konnexitätsprinzip verankert und Erweiterungen bereits bestehender Aufgaben sowie Aufgabenübertragungen, welche schon vor der Föderalismusreform I stattfanden, umfasst.

»Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz« (GAK) umstrukturieren, vereinfachen und Bürokratie abbauen / »Bundesprogramm Ländliche Entwicklung« (BULE) regionalisieren und praxistauglich gestalten

In der Bundespolitik der »Nationalen Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume« wird die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« (GAK) als das wichtigste nationale Förderinstrument bezeichnet. Untersetzt werden soll das durch das »Bundesprogramm Ländliche Entwicklung« (BULE). Die größte inhaltliche und haushälterische Verantwortung für die Gestaltung des Ländlichen Raumes liegt dadurch beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Der Förderbereich »Integrierte ländliche Entwicklung« ist zwangsläufig einer von vielen innerhalb der GAK. Er enthält zwar Schlagworte für die ländliche Entwicklung, ist aber offensichtlich auf klassisch dörfliche Siedlungsformen fokussiert und den wirtschaftlichen Belangen der rein landwirtschaftlichen Betriebe untergeordnet. Das BULE konzentriert sich auf im BMEL erdachte Modellvorhaben. Zudem ist die finanzielle Ausstattung der GAK und des BULE in hohem Maße von den finanziellen Zuwendungen aus dem EU-Haushalt, von europäischen Förderperioden und Kriterien abhängig. Eine effektive, nachhaltige Entwicklungsförderung für den Ländlichen Raum darf nicht länger allein in der Verantwortung des BMEL liegen. Der ländliche Raum ist außerordentlich vielfältig. Entsprechend divers sind auch die Entwicklungserfordernisse tausender Dörfer und kleiner Städte.

Wir wollen

- dass die ländliche Entwicklung in der Bundespolitik als Querschnittsaufgabe mehrerer Ressorts anerkannt wird. Anstelle der bisherigen, weitgehend unwirksamen Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) »Ländliche Entwicklung« wird ein eigenständiges Ministerium für Strukturentwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse eingesetzt.
- eine Neustrukturierung der gesamten Förderkulisse für einen nachhaltigen sozial- ökologischen Umbau des Ländlichen Raumes.
- dass Förderprogramme, Förderbedingungen und Förderberatung dezentral aufgestellt werden. Dazu sollen regionale Förderräte geschaffen werden, Regionalbudgets als Förderinstrumente ausgestaltet, einschließlich der Schaf-



fung von Beratungsstellen, die Antragsteller von der Projektidee bis zur Abrechnung begleiten.

- Beratung, Projektbegleitung und Abrechnung in die Gesamtförderung einbeziehen.
- Haushaltsmittel aus dem Förderbereich »Integrierte ländliche Entwicklung« des BMEL, aus der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW) des Bundesministeriums der Wirtschaft (BMWi), Mittel der Städtebauförderung aus dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI), »Soziale Integration im Quartier, Sanierung kommunaler Einrichtungen für Sport, Jugend und Kultur, energetische Stadtsanierung«, sowie aus dem Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur Mittel zum Breitbandausbau sowie für den Ausbau und die Reaktivierung von Gleisanschlüssen zu einem großen Haushaltstitel zusammenführen und bedarfsgerecht aufstocken.
- dass Bundes- und Landesbürgschaften zur Sicherung der Gesamtfinanzierung geförderter Projekte ausgereicht werden.

Ziel 4: Erziehung, Bildung und Forschung in ländlichen Räumen gestalten und fördern

Neue innovative Erziehungs- und Schulformen ermöglichen und verstetigen

Jedes Kind, jede und jeder Jugendliche soll früh die Lebenserfahrung machen, dass es, er oder sie gleich viel wert ist. Dass ihre und seine Ausbildung weder bei der frühkindlichen Bildung noch in der Grundschule, in weiterführenden Schulformen, in der Berufsausbildung oder im Studium nicht vom sozialen Status seines Elternhauses abhängt. Kinder und Heranwachsende sind selbstverständlich unterschiedlich in ihren Talenten, ihrem Charakter, ihrer Lernfähigkeit oder Lernbereitschaft. Auf diese Diversität müssen Kindertagesstätten und Schulen ebenso wie Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer schon in ihrer Ausbildung eingestellt werden. Sie sollen in der Lage sein, Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, dass Lernen, solidarisches, nicht konkurrierendes miteinander und voneinander lernen, keine vorübergehende Phase, sondern ein lebenslanger Prozess ist und ein Lebensbedürfnis sein sollte. Schon seit geraumer Zeit hat sich gezeigt, dass dazu künftig auch andere, kreativere Lern- und Ausbildungsformen als die traditionell überlieferten lebenswichtig für die Zukunftsfähigkeit der ganzen Gesellschaft sind. Die klassische, heute noch überwiegende Form des Frontalunterrichts wird nicht völlig überflüssig werden, aber sie muss durch neue Lern- und Schulformen ergänzt und modernisiert werden. Zunehmend wird klar, dass digitaler Unterricht und digitales Lernen nicht erst in den höheren Klassenstufen zentral für die künftige Wissensaufnahme, Anwendung und ständige Vervollkommnung ist. Ebenso ist das gemeinschaftliche Lernen und Arbeiten von Schülerinnen und Schüler in jahrgangsübergreifenden Gruppen am Lehrstoff und an Lernprojekten nicht nur prägend für die selbstständige individuelle Lernfähigkeit, sondern auch für die Entwicklung sozialer Kompetenz, die Stärkung von gegenseitigem Respekt und solidarischen Umgangsformen.

Wir wollen

- dass der Zugang zu Bildung, lebenslangem Lernen für alle als Voraussetzung für das Gemeinwohl der Gesellschaft anerkannt und grundgesetzlich gesichert wird. Das beginnt schon in der KITA.
- dass die Ausbildung und der Beruf von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern als gesellschaftlich relevant anerkannt und entsprechend gefördert werden.
- neue, innovative Schulformen fördern, die digitale Wissensvermittlung mit der Herausbildung sozialer Kompetenz und Verantwortung verknüpfen.

- jahrgangsübergreifende Projektarbeit und außerschulische Gruppenaktivitäten als Schulformen etablieren.
- im Ländlichen Raum Wechselformen entwickeln, in denen Lehrerinnen und Lehrer den Präsenzunterricht durch Unterrichtseinheiten für kleine Lerngruppen in Orten ohne aktiven Schulstandort ergänzen.
- Wesensmerkmale »demokratischer Schulen«, wie Schulversammlungen und Konfliktlösekomitees, implementieren, die insbesondere auf Einhaltung von Menschenrechten, Inklusion und respektvollen Umgang untereinander hinwirken.
- die Wiedereinführung von Gemeinschaftsschulen um herkunftsbedingte Unterschiede auszugleichen und Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen.

Volkshochschulen zu regionalen Bildungszentren ausbauen

Volkshochschulen sind gemeinnützige Einrichtungen zur Erwachsenen- und Weiterbildung mit einer langen Tradition sowohl in Deutschland als auch weltweit. Gerade in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche, die verbunden sind mit Anforderungen an lebenslanges Lernen, erlangen sie eine neue gestalterische Bedeutung gerade in Regionen, die von wirtschaftlichem und soziodemografischem Strukturwandel betroffen sind. Auch die Integration geflüchteter und immigrierter Menschen in die sich insgesamt verändernde Gesellschaft stellt Volkshochschulen vor völlig neue Bildungsaufgaben und Verantwortungen. Sie eröffnen nicht nur den Kursteilnehmerinnen und -teilnehmern neue Entwicklungsperspektiven, sondern sie erschließen mit ihrer Arbeit zugleich neues schöpferisches Potential im Sinne des Gemeinwohls. Volkshochschulen sind selbständig auf Gemeinde- oder Kreisebene tätig. Für die Zukunft sollen sie aber eine größere räumliche und inhaltliche Verantwortung übernehmen. Der Anspruch einer sich immer schneller entwickelnden Gesellschaft an ständig neue Lerninhalte, Berufsbilder und Fähigkeiten in einer sich revolutionierenden Arbeitswelt machen nachschulische und nachuniversitäre Weiterbildung aus einem Ausnahmefall zur notwendigen Regel. Nachholende Schulabschlüsse, Sprachausbildung sowie Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten zur integrativen Teilhabe bleiben dabei wichtige Bestandteile der Arbeit in den Volkshochschulen.

Wir wollen

- Volkshochschulen zu einem langfristig planbaren Bestandteil des Bildungssystems weiterentwickeln.
- die Landesverbände der Volkshochschulen als gleichberechtigte Kooperationspartner der Bildungsministerien auf Landes- und Bundesebene stärken und ihre regionale Gestaltungsverantwortung ausbauen.
- insbesondere im Ländlichen Raum und in strukturell geschwächten Regionen die

vorausschauende Weiterbildung und Umschulung durch die Volkshochschulen weiterentwickeln und an tatsächlichen regionalen Erfordernissen orientieren.

- die Zusammenarbeit von Volkshochschulen und Agenturen für Arbeit koordinieren, Fortbildungskurse, schulische und berufliche Weiterbildung sowie Neuorientierung besser hier bündeln, als renditeorientierte private Umschulungsfirmen mit Steuergeldern zu alimentieren.
- Eine regelmäßige, kooperative Zusammenarbeit von Volkshochschulen mit Gemeinschaftsschulen, Berufsschulen und Hochschulen etablieren.

Hochschulen in Ländlichen Räumen ansiedeln

Ländliche und strukturschwache Regionen in der Bundesrepublik Deutschland sind häufig geprägt von Abbau oder Schrumpfung der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Infrastruktur. Der ohnehin stattfindende soziodemografische Wandel beschleunigt sich hier in besonderem Maße, was wiederum eine negative Rückwirkung auf die Bereitstellung von Strukturen der Daseinsvorsorge sowie den Bestand an qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten nach sich zieht. Eine einfache Umkehr dieser Prozesse ist weder möglich, noch kann sie angesichts des notwendigen sozialökonomischen und ökologischen Umbaus der Gesellschaft gewollt sein. Vielmehr muss diese seit Jahrzehnten anhaltende Abwärtsspirale in einen progressiven Transformationsprozess umgewandelt werden, der die Potentiale dieser Regionen, die Fähigkeiten und Erfahrungen der hier lebenden oder sich ansiedelnden Menschen aufgreift und in eine neue nachhaltig tragfähige Regionalentwicklung überführt. Es gibt allerdings im Ländlichen Raum nur sehr wenige Forschungs- und Bildungseinrichtungen, die sich konkret mit der Erforschung von Anforderungen an künftige Arbeitswelten und Lebensbedingungen gerade hier befassen. Dabei ist in einer Vielzahl von Studien belegt und allgemein anerkannt, dass von Hochschulen immer vielfältige Entwicklungsimpulse auf die gesamte Region ausgehen. Das resultiert zunächst aus den Investitionen, die in die Region fließen, aus den Einkommen und Ausgaben der an den Hochschulen Beschäftigten. Es wirkt über das sogenannte Humankapital, das aus den Hochschulen erwächst, den Wissens- und Technologietransfer sowie die gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten der Hochschule in die Region hinein. Diese Wirkungen potenzieren sich noch, wenn Hochschulen im Ländlichen Raum die spezifischen Bedingungen für den hier notwendigen Transformationsprozess erforschen, Schlussfolgerungen für künftige Arbeitsinhalte, Berufsbilder, Siedlungs- und Mobilitätsformen entwerfen und über die angewandte Forschung in Praxismodelle umsetzen helfen.

Wir wollen

- einen Bundesförderfonds zur Ansiedlung, Erweiterung und Spezialisierung von Forschungs- und Lehrstätten im ländlichen Raum auflegen.

- diese Fach- und Hochschulen zu Kompetenzzentren für die Entwicklungserfordernisse im Ländlichen Raum entwickeln.
- Zukunftsthemen, wie wissensbasierte Ökonomie, Nachhaltigkeitsforschung, Klima-, Natur- und Artenschutz als Arbeitsauftrag für diese Kompetenzzentren in den Mittelpunkt stellen.
- die Voraussetzungen regionaler Entwicklungs- und Verwaltungsstrukturen (digital und bürgernah) erforschen und in neue Lehrinhalte umsetzen lassen.
- Gleichberechtigung von Frauen, Männern und Diversen sowie die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zum Selbstverständnis dieser neuen Bildungsstrukturen machen.
- offene Kurse für Weiterbildung und berufliche Qualifizierung, aber auch gemeinschaftliche kulturelle und sportliche Aktivitäten für die und mit den Menschen in der Region fördern.

Ziel 5: Gesundheitsstrukturen erhalten und dezentralisieren

Polikliniken (wieder-)aufbauen und mobile Behandlungsstrukturen schaffen

Eine gute medizinische Versorgung sollte nicht vom Wohnort der Menschen abhängen und allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Dazu gehört sowohl eine gute Notfallversorgung durch Krankenhäuser als auch eine gute haus- und fachärztliche Versorgung. Der tatsächliche Bedarf geht jedoch zunehmend an den verfügbaren Strukturen vorbei: einerseits eine Überversorgung mit hohen Arztdichten für Privatversicherte und andererseits müssen kassenärztlich versicherte Menschen zur Wahrnehmung fachärztlicher Termine lange Wege zurücklegen und lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Wanderungsbewegungen von ländlichen in städtische Gebiete, die Zweiklassenmedizin aus privat und gesetzlich Versicherten sowie die Ökonomisierung und Rationalisierung des Gesundheitswesens insgesamt führen zu diesen strukturellen Ungleichverteilungen und auch räumlich sichtbaren Fehlentwicklungen.

Vielmehr muss der Mensch wieder in den Mittelpunkt der Gesundheitsvorsorge gestellt werden. Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation muss die medizinische sowie die gesundheitliche Versorgung bestimmen. Dann ist es möglich, ein sich gegenseitig ergänzendes Gesundheitssystem zu schaffen, indem Krankenhäuser, Gesundheitszentren und Arztpraxen mit der Ärzteschaft und dem Pflegepersonal den regionalen Versorgungsbedarf gemeinsam und kooperativ abdecken. Lösungen einer strukturellen Verbesserung sind der Aufbau von Polikliniken sowie medizinischen Versorgungszentren, mobilen Arztpraxen, die Nutzung und der Ausbau telemedizinischer Anwendungen und die weitere Qualifizierung von Pflegepersonal und Gemeindeschwestern. Durch die Lastenverteilung auf mehreren Schultern ist es möglich, insgesamt eine bessere Betreuung zu gewährleisten, womit die Lebensqualität der Patientinnen und Patienten gesteigert werden kann.

Wir wollen

- eine gleichmäßige räumliche und fachärztliche Verteilung von Gesundheits- und Pflegedienstleistungen sowie der Notfallversorgung.
- eine solidarische Gesundheitsversicherung bei gleichzeitiger Abschaffung der privaten Versicherung.
- dass die Krankenhausstandorte gesichert werden, ihnen mehr Planungssicherheit und aufwandsbezogene Abrechnung und Vergütung der erbrachten Leistungen zuerkannt wird und dafür entsprechende bundesgesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden.

- dass der Aufbau medizinischer Versorgungsstrukturen mit den ambulanten, stationären sowie pflegerischen Bereichen auf Basis einer wissenschaftlich fundierten Bedarfsplanung und sektorübergreifend stattfindet, die die tatsächlichen Daten über Morbidität, Mobilität, Handicaps, Geschlechterverteilung sowie die Altersstruktur von Versicherten einbezieht. Dabei sollen alle Bereiche der Gesundheitsversorgung, d.h. Physiotherapie, Psychotherapie und weitere Heilberufe, berücksichtigt werden.
- dass insbesondere in strukturschwachen Regionen medizinische Versorgungszentren eingerichtet werden, die moderne und interdisziplinäre Behandlungsmöglichkeiten anbieten sowie attraktive flexible und sichere Arbeitszeit- und Anstellungsmodelle für das medizinische Fachpersonal berücksichtigen.
- dass Zweigniederlassungen erleichtert werden, um Ärztinnen und Ärzten eine multilokale Praxistätigkeit zu ermöglichen.
- dass insbesondere in dünn besiedelten Gebieten eine Mobilisierung von Gesundheitsleistungen ermöglicht wird, durch einerseits gut ausgestattete fahrende Praxen und andererseits Shuttle-Services für Patientinnen und Patienten mit eingeschränkter Mobilität, bzw. wo eine Verbindung durch den öffentlichen Verkehr nicht gegeben ist.

Pflege fördern

Nicht nur im Ländlichen Raum, sondern flächendeckend fehlen gute und bezahlbare Pflegeangebote. Die bisher vorhandene Pflegeversicherung hilft höchstens, um die basalen pflegerischen Leistungen abzudecken. Pflege ist mehr als »still, satt und sauber«. Die Hauptlast der Pflege tragen nach wie vor Familienangehörige, Nachbarinnen und Nachbarn sowie ehrenamtliche Pflegepersonen. Pflege muss ganzheitlich gestaltet werden, die jedem pflegebedürftigen Menschen eine aktive Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht und gleichzeitig die pflegenden Angehörigen entlastet, damit diese eben nicht beruflich zurückstecken müssen. Pflege muss wohnortnah, bezahlbar und von hoher Qualität sein. Sie sollte so gestaltet sein, dass Menschen mit Pflegebedarf so lange wie möglich zu Hause betreut werden können, wenn sie dies wollen. Um eine flächendeckende Pflege erreichen zu können, ist es notwendig, die Arbeitsbedingungen und die Pflegestrukturen zu verbessern. Wir brauchen daher mehr Investitionen aus öffentlicher Hand und eine Rekommunalisierung von Pflegeeinrichtungen.



Ziel 6: Kunst, Kultur, Sport und Ehrenamt gleichwertig ermöglichen

Kunst, Kultur und Sport gleichwertig ermöglichen

Kultur eröffnet neue Räume im Denken und Handeln und wirft immer wieder die Frage auf: wie wollen wir miteinander leben? Die Künste, kulturelle Bildung, Erinnerungskultur, gleichwertiger Zugang zu sportlicher Betätigung und ehrenamtliches Engagement sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Kultur und Breitensport sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ehrenamtliches Engagement, z.B. in der Freiwilligen Feuerwehr, in Vereinen und Sportgemeinschaften sind für ein funktionierendes und lebendiges Miteinander in Dörfern und Städten unverzichtbar. Haushaltskürzungen in diesen Bereichen, oft erzwungen durch die Überfrachtung der Kommunen mit immer weitergehenden Pflichtaufgaben, kappen wichtige Lebensadern, vermindern die Lebensqualität und tragen so zum weiteren Auseinanderklaffen der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land bei. Den sichtbaren Ausdruck findet dies in der Schließung von Kulturhäusern, Kinos, Bibliotheken, Sportstätten und Schwimmhallen. Dahinter steht aber auch Personalabbau in öffentlichen Kultur- und Sporteinrichtungen, existenzielle Not von Kunst- und Kulturschaffenden und schließlich deren berufliche Neuorientierung oder ihr Weggang in vermeintlich chancenreichere Großstädte. Dieser Niedergang, der oftmals weniger oder später beachtet wird, als der Wegfall von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist aber ebenso prägend für die Lebensqualität einer Stadt, eines Dorfes, für die Entscheidung »Bleiben oder gehen?« und damit für die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen.

Wir wollen

- Kultur, Breitensport und Förderung des Ehrenamts als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz verankern.
- ein Bund-Länder-Förderprogramm für die barrierefreie Wiedereröffnung, Sanierung oder Neueröffnung von Kultur- und Sportstätten auflegen.
- die Vielfalt von Kulturen sowie die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern durch deren künstlerisches, sportliches und ehrenamtliches Engagement fördern.



Ziel 7: Rückwanderung fördern – Wegzug stoppen

Diese beschriebenen Punkte zeigen die Vielfalt ländlicher Entwicklungspotentiale auf und eröffnen einen Blick dafür, dass schon Maßnahmen in einem Bereich auch positive Effekte in anderen Bereichen bringen können. Das zeigt sich in den thematischen Überschneidungen und auch in ähnlichen Forderungen. Dennoch folgen alle Maßnahmen einem Ziel, nämlich gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Jeder und jedem gute Lebenschancen zu gewährleisten, ganz unabhängig davon, wo und wie jemand lebt. Dazu sind diese beschriebenen Maßnahmen wichtige Wegpunkte. Ein weiterer wichtiger Faktor ist jedoch der Mensch selbst. Wie in der Präambel beschrieben, sind für lebendige Orte Menschen nötig, die die Chance sehen, sich selbst auf allen Ebenen und in jedem Alter zu entfalten. Die Verfügbarkeit und der Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu gemeinschaftlichen Aktivitäten trägt maßgeblich zur Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger bei. Dies gilt nicht nur in Bezug auf Inklusion und Integration, sondern etwa auch für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen. Eine Politik für die Ländlichen Räume muss daher auch auf verbesserte Lebensverhältnisse für Frauen abzielen, ihre Erwerbschancen verbessern und damit neue Lebens- und Bleibeperspektiven im Ländlichen Raum eröffnen. Dazu gehört neben den oben genannten Maßnahmen auch der Ausbau von alltagsrelevanten Infrastrukturen, wie Kitas und Gesundheitsdiensten, die die Pflege von Angehörigen unterstützen, denn noch immer sind es zumeist die Frauen, die Familienangehörige pflegen.

Sozial teilzuhaben, zeigt sich auch in Möglichkeiten der Beteiligung an politischen Prozessen: Etwas für die Gemeinschaft zu bewirken und dafür geachtet zu werden, hängt aber nicht nur von den Engagierten selbst ab, sondern auch von bestehenden Strukturen, die das Engagement effektiv und kooperativ fördern. Wir wollen das Ehrenamt durch die Schaffung hauptamtlicher Stellen unterstützen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit den Auf- und Ausbau von bspw. Freiwilligenagenturen vorantreiben. Offenheit und Transparenz auf kommunalpolitischer Ebene ist dabei genauso wichtig, wie die Einflussnahme aller kommunalen Ebenen auf die Kommunal- und Landespolitik. Denn mit den stattgefundenen Eingemeindungen gestaltet sich die politische Einflussnahme auf den unteren Ebenen zunehmend schwierig, obgleich dies zunehmend von den Einwohnerinnen und Einwohnern gewünscht wird und auch notwendig erscheint, da ganze eingemeindete Ortsteile vom Gemeinderat »vergessen« werden. Auch hier gibt es Ideen, Dörfern ihre politische Handlungsfähigkeit zurückzugeben, etwa durch Erweiterung von Gemeindevertretungen mit den Ortsvorstehenden, Ortsteilbudgets, ein aufschiebendes Vetorecht für Ortsbeiräte und die Auflegung eines Parlamentes der Dörfer, das zu Vernetzungs- und Unterstützungsaktivitäten auf Dorfebene beitragen kann. Auch hier ist eine ausreichende Finanzierung unerlässlich.

Insgesamt muss das Vertrauen in die Politik und politische Entscheidungen gestärkt werden. Bürgerinnen- und Bürgernähe und starke kommunale Beteiligungsstrukturen sind unerlässlich für die Schaffung einer bedarfsgerechten und an die Region angepassten Daseinsvorsorge mit den entsprechenden Infrastrukturen. Denn nur zusammen mit den Menschen vor Ort können gute Lebensverhältnisse für die Menschen geschaffen werden.

Zum Schluss

Auf diese Weise kann es durchaus attraktiv sein, dass wieder mehr Menschen in kleine Städte und Gemeinden zurückziehen oder sich bewusst ansiedeln. DIE LINKE hat in den vergangenen acht Jahren sowohl parlamentarisch als auch durch eigene »Feldversuche« im Ländlichen Raum viele Ideen entwickelt und diese in Rückkopplung mit Akteuren auf dem Lande und in kleinen Städten auf Machbarkeit überprüft. Wenn es der Politik gelingt, die Sichtweise vom Berliner Parlamentsbetrieb zu lösen und in Interaktion mit den Menschen an die Bewältigung der Herausforderungen ökonomisch, ökologisch, sozial und demokratisch heranzugehen, dann kann es gelingen, gleichwertige Lebensverhältnisse dem Grundgesetz entsprechend zu garantieren.

Dies ist unser Beitrag, um auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus mit konkreten Vorschlägen voranzukommen. Die nachhaltige und progressive Entwicklung der Ländlichen Räume wird dabei auch zum Gradmesser, wie alternative Lebensweisen und Perspektiven schrittweise zu einem Umdenken im menschlichen Zusammenwirken führen. Solidarisch, mit allen und für alle.

Wir sind dabei!



Parlamentarische Initiativen und Positionspapier zur Entwicklung des Ländlichen Raumes

Antrag

»Bundesförderfonds für Forschung und Lehre im ländlichen Raum auflegen«

(Drs.-Nr. 19/26297)

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/262/1926297.pdf>

Positionspapier

Entwicklung des Ländlichen Raumes

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Positionspapiere/2017/Positionspapier-La__ndliche_Entwicklung.pdf

Antrag

»Gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengleichheit für Ländliche Räume herstellen«

(Drs.-Nr. 19/3164)

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/031/1903164.pdf>

Entschließungsantrag zum Baukulturbericht 2016/17

Entwicklung des Ländlichen Raumes von A-Z

(Drs.-Nr. 18/12970)

<https://dserver.bundestag.de/btd/18/129/1812970.pdf>

Kleine Anfrage

»Förderung der ländlichen Entwicklung durch die neue Bundesregierung«

(Drs.-Nr. 19/1813)

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/018/1901813.pdf>

GG-Änderung beantragt:

Ländliche Entwicklung in die GAK aufnehmen!

(Drs.-Nr. 19/6169)

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/061/1906169.pdf>

Appell von Wittenberge als Ergebnis der Konferenz zur Zukunft Ländlicher Räume

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/Appell_von_Wittenberge_als_Ergebnis_zur_Verlinkung.pdf

<https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/neue-wege-uebers-land-konferenz-zur-zukunft-laendlicher-raeume/>

Entschließungsantrag zur GAK-Reform
(Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz)
<https://dserver.bundestag.de/btd/18/091/1809102.pdf>

Antrag zur schnelleren Auszahlung der Fördermittel für den Ländlichen Raum an die Länder
(Drs.-Nr. 18/9102)
<https://dserver.bundestag.de/btd/18/091/1809102.pdf>

Antrag
»Teilhabe von Frauen in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen«
(Drs.-Nr. 19/17778)
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/177/1917778.pdf>

Antrag
»Programm »Kultur macht stark« – Förderung anpassen, sichern und verstetigen«
(Drs. 19/28780)
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928780.pdf>

Antrag
»Freiwillige Feuerwehren im Ländlichen Raum unterstützen und fördern«
(Drs. 19/10288)
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/102/1910288.pdf>

